



drink-OR-drive – Aktion „Sicher nach Hause“

drink-OR-drive ist ein Verein, der von engagierten Menschen aus dem Müritzal 2008 gegründet wurde und seither Aktionen gegen Alkohol am Steuer setzt. Im Fokus steht die **Bewusstseinsbildung** für die Problematik "Alkohol am Steuer".

In Schulen sind wir mit bewusstseinsbildenden Workshops und gestalten jährlich einen drink-OR-drive Taschenkalender!

Immer noch ist betrunken Autofahren für viele ein Kavaliersdelikt und immer noch passieren 6-7 Alkoholunfälle pro TAG [Statistik Austria, 2005-2018]. **Jeder einzelne Unfall ist** einer zu viel und jeder einzelne ist **VERMEIDBAR!**



drink-OR-drive fragt Politik

Unter dem Motto - **JEDE/R kann Alkohol am Steuer verhindern**, erwarten wir mit großem Interesse **Ihre Lösungsansätze** bzw. Ihre Antworten zu unseren Forderungen zum Thema „Reduktion von Alkohol am Steuer“.

Ihre Rückmeldungen werden wir gerne gesammelt auf unserer Webseite (www.drink-OR-drive.at) und Facebookseite präsentieren, damit unsere Mitglieder und unser Netzwerk ebenfalls informiert sind.



Nationalratswahl 2019

Antworten der wahlwerbenden Parteien zu folgenden Themenbereichen [Stand 09.09.2019]

1	Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels“	2
2	Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“	3
3	Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolenkerInnen“	4
4	Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“	5
5	Thema: Vorschläge bzw. Anträge, die seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht wurden?	6
6	Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“	7

1 Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels“



Problem	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung	Kosten- Schätzung	Zu erwartender Nutzen
<p>Bereits doppeltes Unfallrisiko bei 0,5 Promille [KfV, 2010]</p> <p>Eine 0,5 Promillegrenze verleitet zum „Das-wird sich-schon-ausgehen-Trinken“</p>	<p>0,0 Promillegrenze (Rechtsrahmen 0,1 Promille) für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels</p>	<p>gering, Änderung der entsprechenden Gesetzestexte und Ausbildungsunterlagen</p>	<p>Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!</p>

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	<i>Die derzeitigen rechtlichen Regelungen zur Höchstgrenze sowie die Rechtsfolgen bei Alkohol am Steuer erachten wir als solide Lösung, um Alkohol am Steuer hintanzuhalten.</i>
SPÖ	<i>Verkehrssicherheit hat für uns oberste Priorität. Wir wollen die Sicherheit in Österreichs Straßenverkehr stetig verbessern und Österreich zu einem der sichersten Länder Europas machen. Betrunkene Autofahrer ist nicht akzeptabel. Es gefährdet das eigene Leben und das der anderen Verkehrsteilnehmer! Wir setzen uns daher für verstärkte Kontrollen und eine bessere Aufklärung durch bewusstseinsbildende Maßnahmen ein. Wir wollen AutofahrerInnen nachhaltig dafür sensibilisieren, dass Autofahren und Trinken nicht miteinander vereinbar sind.</i>
FPÖ	<i>Die aktuelle Gesetzeslage in Bezug auf Alkohol ist ausreichend. Verschärft gehört dringend der Missbrauch von Suchtmittel, da hier die Dunkelziffer sehr hoch ist und die Gefährdung wesentlich größer ist als mit 0,5 Promille Alkohol.</i>
NEOS	<i>Selbstverständlich wollen wir, dass sich die Maxime: "wer fährt, trinkt nicht; wer trinkt, fährt nicht" im kollektiven Bewusstsein nachhaltig verankert. Nein - Denn eine solche absolute "Nullgrenze" wird unserer Einschätzung nach nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Menschen, die sich in verantwortungsloser Weise alkoholisiert und damit fahruntüchtig ans Steuer setzen und damit andere Menschen gefährden, werden sich durch solch eine gesetzlichen Grenze nicht davon abhalten lassen. Viel wichtiger ist es, im Sinne der Generalprävention, Alkoholkontrollen zu intensivieren und die bestehende 0,5 Promillegrenze rigoros zu kontrollieren und Verstöße konsequent zu ahnden. Hier spielen für uns Normverdeutlichungen, Nachschulungen und verkehrspsychologische Gutachten auch eine ganz wesentliche Rolle. Für einschlägig vorbestrafte bzw. vorgemerkte "Alkolenker" kann über eine "Nullpromillegrenze" jedoch iSd Spezialprävention ernsthaft diskutiert werden.</i>
JETZT Pils	<i>Wir sind für eine Beibehaltung der derzeitigen Promillegrenzen. Die Grenze von 0,1 Promille gilt bereits heute für zahlreiche Lenkberechtigte.</i>
Grüne	<i>Wir unterstützen den Vorschlag, die Promillegrenze für LenkerInnen motorisierter Verkehrsmittel zu reduzieren.</i>
WIR KÖNNEN*	<i>Eine Verringerung der Promillegrenze befürworten wir – gleichzeitig braucht es den Ausbau und den Verringerung von Öffipreisen, dass Leute Auto stehen lassen.</i>

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.

2 Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“



Problem Personen insbesondere in ländlichen Regionen, verzichten nicht auf das Auto, wenn es keine leistbaren, leicht zugänglichen Alternativen gibt. Wer mit dem eigenen Auto zu einer Veranstaltung fährt, möchte in der Regel auch mit dem eigenen Auto wieder nachhause fahren.	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung Ausbau des öffentlichen Verkehrs AUCH in der Nacht z.B. in Kooperation lokalen Taxiunternehmen bei Großveranstaltungen bzw. mit Lokalen; Vereinheitlichung der bundes-länderspezifischen Veranstaltungs-gesetze und verpflichtende Organisation von Shuttlediensten (in Kooperation mit lokalen Taxiunternehmen) bei Großveranstaltungen ab 300 Pers.. Anreize für große Gastronomie-betriebe, Shuttledienste zu organisieren etc.	Kosten-Schätzung Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch	Zu erwartender Nutzen Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten! Beitrag zum Klimaschutz (mögliche positive Spill-Over-Effekte auch bei anderen Wegen auf das Auto zu verzichten)
--	---	---	---

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	<ul style="list-style-type: none"> Wir unterstützen den Ausbau eines flächendeckenden Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln, speziell im ländlichen Raum. Dabei müssen wir Flexibilität zulassen und neue Formen des öffentlichen Verkehrs eine Chance geben. Mancherorts werden On-Demand-Lösungen wie beispielsweise Dorftaxis besser sein als starre Fahrpläne und leere Großraumbusse Auch neue Formen der Mobilität, die sich digitale Technologien zunutze machen, können diesbezüglich sinnvoll sein: z.B. Carsharing und Mitfahrbörsen. Lokale Lösungen wie Kooperationen zwischen Gemeinden, Taxiunternehmen und Shuttlediensten sind auf die individuellen Bedürfnisse vor Ort anzupassen.
SPÖ	Wir wollen den ÖPNV in Stadt und Land massiv ausbauen. Das Öffi-Fahren muss günstiger, schneller und einfacher werden. Darum fordern wir u.a ein Klimaticket (Jahreskarten für alle Öffis: 1€/Tag für ein Bundesland, 2€/Tag für zwei Bundesländer, 3€/Tag für ganz Österreich). Möglichst kurze Intervalle bei Bus und Bahn sowie die Förderung von lokalen »Mikro-Öffis« (bspw. Anruf-Sammeltaxis oder Gemeindebusse), sind weitere Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen.
FPÖ	Diesbezügliche Initiativen werden unterstützt. Eine entsprechende Bewusstseinsbildung findet gerade statt und viele Gemeinden und Betriebe bieten ein entsprechendes Shuttleservice bereits an.
NEOS	Dort, wo es nachweislich Bedarf gibt (in Ballungsräumen), sollte der öffentliche Linienverkehr auch in der Nacht gestärkt werden. In dünn besiedelten Regionen müssen alternative, bedarfsorientierte Systeme gefördert werden. Durch die Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Technologien genutzt werden, um den öffentlichen Verkehr zu attraktiveren: Rufbus/Sammeltaxis, später dann Selbstfahrende Busse auf fixen oder variablen Strecken. In den ländlichen Gebieten sollten unter Beteiligung der Öffentlichen Hand (z.B. "Discobus" ggf mit finanzieller Beiträgen von Betrieben) auf lokaler und regionaler Ebene individuelle Lösungen geschaffen werden. Eine gesetzliche Verpflichtung von Lokalbetreibern und kleinen Veranstaltern, die Bereitstellung der An-/Abreise ihrer Gäste zu organisieren, halten wir für unverhältnismäßig und schwer umsetzbar.
JETZT Pilz	Schon alleine aus Gründen des Klimaschutzes muss der öffentliche Verkehr stark aufgewertet werden. Wir sind für eine CO2-Steuer mit einer „Klima-Dividende“. Bezahlt wird nach dem Beitrag zur CO2-Belastung. Pro Kopf wird jährlich ein Betrag rückerstattet. Wer CO2 spart, erhält Geld heraus. Damit diese Möglichkeit zum CO2-Sparen auch besteht (sonst Bezahlung der CO2-Steuer durch Gemeinde/Land/Bund), müssen die öffentlichen Verkehrsmittel eine sinnvolle Alternative zum motorisierten Individualverkehr bieten. Dazu gehört auch das Angebot von öffentlichen Verkehrsmitteln am Land und in der Nacht.
Grüne	Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist ein Kernpunkt der Grünen. Eine wirksame Beschränkung des Klimawandels wird sich nur mit einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs machen lassen. Und tatsächlich muss es immer und überall – also auch Nachts – eine leistbare Alternative zum eigenen PKW geben. Die Grünen unterstützen den Vorschlag, eine gesetzliche Verpflichtung von Shuttlediensten ab einer gewissen Veranstaltungsgröße vorzusehen.
WIR KÖNNEN*	Wir sind für einen Ausbau des öffentliche Verkehrs am Land – mittelfristig wollen wir eine Freifahrt umsetzen, sodass Menschen den ÖPNV ticketfrei nutzen können – dann lassen die Menschen eher das Auto stehen.

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.

3 Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolockerInnen“



Problem Viele verurteilte AlkolockerInnen fahren auch ohne Führerschein bzw. melden sich nicht freiwillig für einen Alko-Lock-Einbau (was positiverweise seit 2017 im Zuge des Pilotprojektes möglich ist.)	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolockerInnen Präventiv: Einbau von Alkolocks bei allen Fahrzeugen	Kosten-Schätzung Kosten trägt AlkolockerIn, weitere Kosten gering, da vorbereitende Maßnahmen durch Pilotprojekt bereits ergriffen	Zu erwartender Nutzen Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!
---	---	--	---

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	<ul style="list-style-type: none"> • Die Kosten für den Einbau von „Alkolocks“ belaufen sich laut Experten auf bis zu 2.000,- Euro, die laufenden Kosten auf etwa 250,- Euro pro Monat • Ein verpflichtender Einbau stellt damit eine große finanzielle Belastung dar • Ein präventiver Einbau in alle Fahrzeuge erscheint unverhältnismäßig
SPÖ	Seit 1. September 2017 können die sog. Alkolocks als alternatives Bewährungssystem bei Führerscheinentzug eingebaut werden. Die Alkohol-Interlocks sind als fünfjähriges Pilotprojekt konzipiert. Es sollten daher erst einmal erste Ergebnisse und Erfahrungen im Umgang mit dem System evaluiert werden.
FPÖ	Die FPÖ Unterstützt den Einbau von Alkolocks schon länger Siehe dazu auch die Presseaussendung aus dem Jahr 2016: https://www.fpoe.at/artikel/hafenecker-alkolocks-sind-loesungsorientierter-ansatz/
NEOS	In einigen Staaten sind Alkolocks bereits im Einsatz. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Zahlen von Unfällen unter Alkoholeinfluss dort zurückgehen. Das beobachten wir mit großem Interesse. Einer ernsthafte Diskussion über den verpflichtenden Einbau von Alkolocks für verurteilte AlkolockerInnen stehen wir daher offen gegenüber. Dieser Diskussion muss jedoch eine wissenschaftliche Evaluierung vorangehen, die die Effektivität des seit 1. September 2017 laufenden Pilotversuchs gründlich evaluiert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass solch eine Studie vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie in Auftrag gegeben wird. Damit die Studie auch ausreichend aussagekräftig ist, sollte dieser zumindest drei Jahre Pilotphase vorangehen. Einen flächendeckenden Einbau von Alkolocks für allen Fahrzeugen lehnen wir hingegen ab.
JETZT Pilsz	Kein Alkolock, dafür stärkere Kontrollen.
Grüne	Die Grünen unterstützen diesen Vorschlag.
WIR KÖNNEN*	Das ist ein sinnvolle Präventivmaßnahmen – man darf aber gleichzeitig den Menschen nicht die Selbstbestimmung nehmen. Das Angebot ist aber durchaus positiv.

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.

4 Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“



Problem	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung	Kosten- Schätzung	Zu erwartender Nutzen
Wenn es nicht ausreichend bzw. keine zielgerichteten Alkohol -Kontrollen gibt, können AlkoholenkerInnen nicht aus dem Verkehr gezogen werden	Ausbau der Alkoholkontrollen (insbesondere zielgerichtete Kontrollen im Umkreis von Großveranstaltungen)	Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch	Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	• Alkoholkontrollen sollen zielgerichtet weiter ausgebaut werden, damit allein durch die verstärkte Präsenz der Exekutive potentielle Alkoholenker vom Autofahren abgebracht werden.
SPÖ	Kontrollen müssen zweifellos ausgebaut werden. Sie sind neben einer besseren Aufklärung und Sensibilisierung, die wichtigsten Maßnahmen im Umgang mit Alkohol am Steuer.
FPÖ	Wie bei jedem Gesetz ist es auch hier entscheidend, dass die Einhaltung kontrolliert wird.
NEOS	Aus Gründen der Generalprävention halten wir diese Forderung für sehr sinnvoll.
JETZT Pilz	Ja, Ausbau der Kontrollen.
Grüne	Es geht um die Etablierung einer Kultur, in der Autofahren unter Alkoholeinfluss nicht akzeptiert wird. Verstärkte Verkehrskontrollen sind eine Mittel, um dieses Bewusstsein zu etablieren.
WIR KÖNNEN*	Auch in diesem Bereich: es braucht bessere Aufklärung schon vorher, um präventiv entgegen zu wirken. Kontrollen auf Veranstaltungen, die auf freiwilliger Basis stattfinden (Stichwort: Alkoholest)

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.

5 Thema: Vorschläge bzw. Anträge, die seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht wurden?

Welche Vorschläge bzw. Anträge hat Ihre Partei seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht?

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	<i>Wie oben bereits erwähnt, erachten wir die derzeitigen rechtlichen Regelungen der Rechtsfolgen bei Alkohol am Steuer als solide Lösung, um Alkohol am Steuer hintanzuhalten. Es geht aus unserer Sicht also weniger um Gesetzesänderungen als um die Vollziehung und die Kontrolle der geltenden Rechtsvorschriften. In diesem Sinne haben wir uns auch dafür eingesetzt die Exekutive mit entsprechenden Ressourcen auszustatten.</i>
SPÖ	<i>Von der SPÖ wurde immer wieder der Ausbau von Kontrollen (im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogrammes) eingefordert.</i>
FPÖ	<i>Die FPÖ hat einen umfangreichen Vorschlag zur Bekämpfung von Suchtmittel im Straßenverkehr vorgelegt, der jedoch von der SPÖ nicht mitgetragen wurde. Da eine 2/3-Mehrheit notwendig ist, konnte diese Gesetzesänderung nicht umgesetzt werden.</i>
NEOS	<i>Wir setzten uns für eine sachorientierte Debatte im Kontext "Alkohol am Steuer" ein und stehen innovativen Lösungen nach internationalen Best-Practice-Beispielen sehr offen gegenüber.</i>
JETZT Pilz	-
Grüne	<i>Die Grünen waren nach der letzten NRW nicht im Nationalrat vertreten.</i>
WIR KÖNNEN*	<i>Wir waren nicht im Parlament.</i>

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.

6 Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“

Weitere Ansätze, Strategien und konkreten Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer:

Statements der wahlwerbenden Parteien, die bundesweit antreten:

ÖVP	<i>Insbesondere in Schulen und den öffentlich-rechtlichen Medien sollte das Bewusstsein für die dramatischen Folgen von Alkohol am Steuer weiter gestärkt werden. Dabei sollen auch Personen aus der Praxis, wie Polizisten oder Betroffene, sowie in diesem Bereich tätige zivilgesellschaftliche Initiativen zu Wort kommen und aus ihrer Erfahrung erzählen.</i>
SPÖ	<i>Das nächste Verkehrssicherheitsprogramm soll auch einen Aufklärungs- und Schulungsschwerpunkt für die Prävention von Alkoholfahrten beinhalten.</i>
FPÖ	<i>Das oben erwähnte Gesetzesvorhaben muss dringend umgesetzt werden.</i>
NEOS	<i>Wir sind davon überzeugt, dass es beim Thema "Alkohol am Steuer" neben restriktiven weiterer bewusstseinsbildender Maßnahmen bedarf. Wir sehen hier vor allem bei Jugendlichen einen wirksamen "Bildungs-Hebel" um gesamtgesellschaftlich für mehr Sensibilität in dem Thema zu sorgen. Wir sehen, das alkoholisiertes Fahren, früher oftmals als "Kavalierdelikt" angesehen, von der Gesellschaft heute viel stärker abgelehnt wird. Diese Entwicklung müssen wir stützen. Wir wissen, die Hauptrisikogruppe der Unfallenen ist zwischen 18 und 24 Jahre alt. Wir sind daher davon überzeugt: Je früher Fahrer_innen und potentielle Beifahrer_innen mit konkreten Situationen umgehen lernen, desto höher ist die Präventivwirkung. Wir wollen, dass Jugendliche in bestimmten Situationen lernen, "Nein" zu sagen und sich selbst und andere von Fahrten unter Alkoholeinfluss bewahren. Diese Situationen sollten in Schulen und Fahrschulen stärker thematisiert werden.</i>
JETZT Pilz	<i>Wir wollen eine Verdopplung der Führerscheinentzugsdauer bei starker Alkoholisierung.</i>
Grüne	<i>Die Grünen arbeiten darauf hin, dass es zu jedem Zeitpunkt und in jedem Ort eine leistbare Alternative zum PKW gibt. Das allein wird selbstverständlich nicht reichen. Neben den hier genannten Punkten halten wir eine Informationskampagne vor, die klar macht, dass Fahren unter Alkoholeinfluss keine Kavaliersdelikt und nicht cool ist, sondern Menschenleben gefährdet.</i>
WIR KÖNNEN*	<i>Solange Politiker Bier als Kulturgut verklären und uns Alkoholwerbung penetrant das Bild vermittelt, Alkoholkonsum gehe mit Freude, Gelassenheit und einem schönen Leben einher, solange werden weiterhin Millionen von Kindern unter dem Alkoholkonsum ihres Umfeldes leiden. Langfristig braucht es ein Werbeverbot wie bei Zigaretten und mehr präventive Maßnahmen. Insgesamt sollte Alkohol nicht immer und überall zur Verfügung stehen. Leistbare Öffipreise sind ebenso erforderlich.</i>

*WIR KÖNNEN (KPÖ), ALTERNATIVE LISTEN : KPÖ PLUS : LINKE : UNABHÄNGIGE

**Antworten aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW19 bundesweit antreten und bis 9.9.2019 14.00 Uhr eingetroffen sind.